

Erhöhung der Grundsteuer gestoppt

Auf der Stadtvertreterversammlung Mitte Februar beantragte die FWB-Fraktion eine Erhöhung der Grundsteuern um 20 Prozentpunkte auf 370 v. Hundert ab 1. 1. 2012 und um weitere 10 Prozentpunkte ab 1.1.2013, was etwa insgesamt einer Anhebung von 8 % für die einzelnen Haushalte bedeutet hätte. Die BALL-Fraktion sowie auch die Fraktionen von CDU und SPD lehnten dies ab. „Die Erhöhung der Grundsteuer B trifft vor allem Mieter und Eigenheimbesitzer. Diese sind jedoch nicht verantwortlich für die Verschuldung unserer Stadt wie auch zahlreicher anderer Kommunen im Land. Zur Verbesserung der Finanzsituation der öffentlichen Haushalte müssen die Richtigen herangezogen werden: die Reichen und Superreichen sowie die Profiteure der Finanzspekulationen. Darüber hinaus könnte der Staat auch ordentlich sparen: z. B. bei den Milliarden für den sinnlosen Afghanistan-Krieg oder bei den Milliarden für die Banken“, so BALL-Fraktionsvorsitzender Dr. Günter Thiel.

Milliarden Steuer-geschenke

Die Schulden explodieren überall. Den Kommunen fehlt Geld, den Ländern und dem Bund auch. Derzeit belaufen sich die Schulden auf mehr als 2 Billionen Euro. Ein Grund dafür: Der Staat nimmt nicht genügend Steuern ein. Schlimmer noch: Wegen zahlreicher Steuersenkungen durch Rot-Grün, Große Koalition und Schwarz-Gelb sind dem Staat seit dem Jahr 2000 mehr als 400 Milliarden Euro verloren gegangen. Massive Entlastung der Unternehmen und der Ab-senkung des Spitzensteuersatzes in der Einkommenssteuer führte zu 45 Milliarden Euro Verlust – pro Jahr.

Erweiterung der Meierei zur Meierei/Käsefabrik:

LKW-Verkehrsbelastung unerträglich

Das LKW-Verkehrsaufkommen ist durch die Erweiterung der Meierei zur Käsefabrik im Barmstedter Stadtgebiet kontinuierlich angestiegen. Nicht nur in der Mühlenstraße sondern auch auf anderen Straßen der Stadt wird die Dauerlärm – und Dieselrußbelastung mittlerweile als unerträglich empfunden. Der über die berechneten Werte des Bebauungsplans verdoppelte Schwerlastverkehr verursacht aber auch beachtliche Straßenschäden, deren Beseitigung, da die Meierei/Käsefabrik an einer „übergeordneten“ Straße liegt, nicht von ihr, sondern aus Steuergeldern bezahlt werden müssen.

Obwohl die enormen Probleme und Belastungen vorhersehbar waren, hat die große Mehrheit der Stadtvertreter im Jahre 2001 gegen die Stimmen der BALL-Fraktion die Vorgaben der Meiereigeschäftsleitung für die B-Planerstellung umgesetzt. Auch die Einwände der Bürgerinitiative verhallten ungehört! Zum Schwerlastverkehr heißt es im beschlossenen Bebauungsplan: „Das Verkehrsaufkommen kann auf dem vorhande-

nen Straßennetz abgewickelt werden. Im Endausbau (der Meierei/Käsefabrik) ist mit einer Spitzenbelastung von max. 130 LKW/Tag (durch An- und Abfahrten 260 Fahrzeugbewegungen A.d.Verfassers) zu rechnen“. Wie weit das damals mit der Planung beauftragte Stadtplanungsbüro Maysack-Sommerfeld daneben lag, zeigt das Verkehrsgutachten der Stadt Barmstedt aus dem Jahre 2009, erstellt von der Ingenieurgemeinschaft Schubert aus Hannover. Laut Gutachten hat der LKW-Verkehr sich gegenüber den im B-Plan genannten Zahlen verdoppelt. In der Mühlenstraße fährt durchschnittlich alle zwei Minuten ein LKW. Eine Verkehrszählung der Barmstedter SPD aus dem Herbst 2010 bestätigt dies ebenfalls.

Seit Bekanntwerden der Planungen über die Erweiterung der Meierei zur Käsefabrik gibt es Bedenken und Widerstand seitens der betroffenen Anlieger rund um das Fabrikgelände. Einen ersten größeren Erfolg gegen die LKW-Verkehrsbelastungen in der Mühlenstraße konnten die betroffenen Anlieger durch die Erzwingung eines Lärmgutach-



ten erreichen. Schalltechnische Messungen Ende 2009 durch das Ingenieurbüro Busch aus Molfsee ergaben überhöhte Lärmwerte in den Nachtstunden. Seit dem darf die Meierei/Käsefabrik in der Zeit von 22:00 bis 6:00 Uhr nicht mehr von LKWs angefahren werden. Dies führte aber auch zu neuen Problemen. LKW-Fahrer, die in den Nachtstunden nicht mehr auf das Fabrikgelände fahren können, parken unerlaubt in

Schülerübergang am Gymnasium: Geschwindigkeitsreduzierung überfällig

Im Umfeld des Schülerübergangs zum Gymnasium am Spitzfurth wird dauerhaft ein Geschwindigkeitsanzeiger aufgebaut. Das beschloss die Stadtvertretung einstimmig auf Antrag der CDU. Bleibt nur noch die Frage, wann endlich die Tempoerhöhung auf 70 km/h auf dem kurzen Abschnitt zwischen Kreisel an der Pinneberger Landstrasse und dem Ortsschild kurz vor dem Schülerübergang rückgängig gemacht und in Übergangsnähe auf Tempo 30 reduziert wird. Das wäre der wichtigere Schritt, wie die BALL und zahlreiche Schüler und Barmstedter wiederholt betont haben.

der Mühlenstraße. Sie blockieren mit ihren 40-Tonnern die Gehwege, lassen oft stundenlang die lauten Heizungen laufen und „erleichterten sich in den Vorgärten der Anwohner“, so ein Betroffener. Die Betroffenen verlangen deshalb unverzüglich ein LKW-Parkverbot einzurichten.

Der Umweltausschuss der Stadt hat im letzten Jahr eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit den Konflikten um die Meie-

rei/Käsefabrik beschäftigt. Derzeit befasst sich die Arbeitsgruppe auch mit den Belastungen durch das überhöhte LKW-Verkehrsaufkommen. Die BALL-Fraktion setzt sich im ersten Schritt für die Einhaltung und schärfere Kontrolle aller Auflagen, für die erhebliche Reduzierung des Meierei-Schwerlastverkehrs auch im Innenstadtbereich sowie umfangreiche Schallschutzmaßnahmen, ein.

„Die Schulden der öffentlichen Haushalte sind die nicht gezahlten Steuern der Reichen“ Stadthaushalt 2012 verabschiedet

Auf der Stadtvertreterversammlung am 6. März wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und BALL der städtische Haushalt 2012 verabschiedet. Die FWB stimmte gegen den Haushalt, weil ihr die starke Erhöhung der Grundsteuern nicht gelang. Die BALL-Fraktion liess im zweiten Anlauf den Haushalt passieren, da die Grundsteuererhöhung verhindert wurde und der Haushalt keine weiteren Belastungen für die Barmstedterinnen und Barmstedter enthält. Darüber hinaus müssen die „freiwilligen“ Ausgaben der Stadt fließen können, und es muss Planungssicherheit bestehen.

Die grundsätzlichen Kritikpunkte – die von CDU, FDP, SPD und GRÜNE zu verantwortende Finanznot der Gemeinden – bleiben selbstverständlich bestehen. Erst kürzlich hat der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz fest-



gestellt, dass die schlechte Finanzausstattung der Gemeinden durch Land und Bund gegen das in der Verfassung garantierte Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden verstößt – in Schleswig-Holstein ist es nicht anders. In der kurzen Haushaltsdebatte wies die BALL darauf hin, dass durch die seinerzeit von SPD/

GRÜNEN eingeleiteten und von CDU/CSU/FDP fortgesetzten Steuersenkungen vor allem für Konzerne, Vermögens- und Einkommensmillionäre in den öffentlichen Haushalten riesige Löcher entstanden sind. „Hätten wir die Steuersätze wie zu Zeiten der von uns nicht geliebten CDU-Kohl-Regierung, gäbe es jährlich

rund 100 Milliarden mehr Steuereinnahmen. Damit wäre anteilig der Barmstedter Haushalt mehr als saniert. Ein kluger Mensch fasste es kurz zusammen: „Die Schulden der öffentlichen Haus-

halte sind die nicht gezahlten Steuern der Reichen, ergänzt durch die zusätzliche Milliardenverschuldung zur Rettung der spekulierenden Banken.“

ALDI und Infrastrukturabgabe: Zwei Anmerkungen zum Haushalt

In der Stadtvertretung machte die BALL-Fraktion noch zwei Anmerkungen zum Haushalt: Eigentlich beträgt die Verschuldung der Stadt nicht rund 17 Millionen, sondern – überschlägig mit Zins und Zinsseszins kalkuliert – eine halbe Million mehr, da die Stadt auf den Infrastrukturabgaben sitzt,

die nicht nur nach Einschätzung der BALL von den Grundstückskäufern seinerzeit unrechtmässig abkassiert worden waren. Andererseits hätte die Stadt gut eine halbe Million mehr im Säckel haben können, wenn die 5.100 m² des einst städtischen Parkplatzes nicht zum Tiefpreis an ALDI ver-scherbelt worden wären.

Schaffung von Krippenplätzen:

Erst einmal verpennt

Ab 1. Juli 2013 gibt es einen Rechtsanspruch für alle Ein- bis unter Dreijährigen auf einen Krippenplatz bzw. Platz bei einer anerkannten Tagesmutter. Die Städte sind gehalten für 35 % der Kinder einen Platz zu schaffen. Das bedeutet für Barmstedt, dass – wenn man die Geburten- und Zuzugszahlen der letzten Jahre hochrechnet – etwa 92 Plätze zu schaffen sind. Im März 2012 gibt es 61 Plätze, davon 28 Krippenplätze und 33 Plätze im Bereich der Tagespflege. Hinzu kommen hoffentlich in diesem Jahr weitere 20 Plätze bei der Diakonie. Es wäre dann bei 81 Plätzen ein Versorgungsgrad von 31 % gegeben: es fehlen also 10 weitere Plätze.

Das Zahlenspiel ist jedoch stark zu hinterfragen. Zum einen ist aus Umfragen bekannt, dass in der Regel für mehr als 35 % der Kinder Krippenplätze nach-

gefragt werden. Zum anderen ist der hohe Anteil an Tagespflegeplätzen von 41 %, die für die Gemeinde äußerst preiswert

20 – 30 weitere Krippenplätze geschaffen werden. Da nur bis zum 9. Juli 2012 Bundesmittel für die Schaffung von neuen



sind, nicht akzeptabel. Es müssten also nach Einschätzung der BALL tatsächlich insgesamt ca.

Krippenplätzen beantragt werden können, gehen der Stadt bis zu 570.000.- Euro (bei 30

neuen Plätzen) an Zuschüssen verloren – oder aber Eltern finden keinen Krippenplatz. Dabei ist klar, dass die Nachfrage auch über den Preis gesteuert werden kann: Wenn die Unterbringungskosten noch mehr steigen und wenn der Niedriglohnsektor zugunsten der Unternehmen noch mehr ausgedehnt wird, werden immer weniger ihre Kinder unterbringen können. Für die Forderung nach Gebührenfreiheit von der frühkindlichen Bildung in der Krippe bis zur Universität muss es noch erhebliche Kämpfe geben. Augenblicklich geht die Entwicklung rückwärts: Gerade hat die CDU/FDP-Regierung das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr gestrichen, und auf Landesebene sollen Hunderte von Lehrstellen wegfallen.

Wie lautete doch eine alte Losung: „In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nix!“

Ostermarschaufruf/Wedel 2012

Weil wir Frieden wollen, müssen wir uns gegen jede Kriegspolitik wehren!

Seit Jahrzehnten hat die aus unterschiedlichen politischen und religiösen Gruppierungen und nach Millionen zählenden Anhängern bestehende Friedensbewegung aus leidvoller geschichtlicher Erfahrung die ebenso einfache wie prägnante Losung auf ihre Fahnen geschrieben: „Krieg darf kein Mittel der Politik sein“. Obwohl diese Forderung von den meisten Menschen geteilt wird, hat die Friedensbewegung bisher nicht genügend Durchschlagskraft entwickelt. Trotzdem finden auch in diesem Jahr wieder Ostermärsche der Friedensbewegung statt, in Wedel zum 27. Mal.

Überschrift „Am Rande des Abgrunds“ vor einer neuen Stufe der Eskalation. Seit Monaten wird in Israel und den USA über einen militärischen Angriff auf den Iran diskutiert. Allein schon diese Diskussion zeugt von der völligen Missachtung des strikten Gewaltverbots, das die Charta der Vereinten Nationen allen Staaten der Welt auferlegt hat.

Die Bundesrepublik Deutschland ist im globalen Rahmen ein mächtiges Land. Sie würde mittelbar und unmittelbar an einem neuen militärischen Konflikt beteiligt. Schon jetzt hat die Bundesregierung die Embargomaßnahmen gegen den Iran un-



Es scheint, die Welt hat sich leider an Kriege so sehr gewöhnt, dass der öffentliche Protest zu schwach ist, wenn in diesen Tagen und Wochen ganz offen zu Angriffskriegen gegen den Iran und gegen Syrien aufgefordert wird. Dabei sind Angriffskriege nach der Charta der Vereinten Nationen strikt verboten. Auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verbietet Angriffskriege absolut.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag ruft in ernster Situation zum Handeln auf. In einer Erklärung unter der Überschrift „Hände weg von Iran und Syrien“ heißt es: „Den wirtschaftlich und politisch Herrschenden müssen Kriege wie in Afghanistan, Irak und Libyen unmöglich gemacht werden.“

„Militärischen Interventionen gegen Syrien und den Iran wider setzen wir uns. Im Konflikt geht es nicht um Menschenrechte, sondern um die Vorherrschaft in einer der geostrategisch bedeutendsten Regionen.“

Die USA, die EU und auch die Bundesregierung haben die Drohkulisse gegenüber dem syrischen Regime ständig erhöht. Einseitige Berichterstattung und militärische Unterstützung bewaffneter oppositioneller Gruppen durch einige NATO-Saaten haben zu einer gefährlichen Eskalation beigetragen“, heißt es in der Erklärung weiter.

Auch der Völkerrechtler Prof. Norman Paech aus Hamburg, Redner des diesjährigen Ostermarsches auf dem Wedeler Rathausplatz, warnte am 5. März in einem Zeitungsartikel unter der

terstützt, der einen Wirtschaftskrieg mit Folgen für alle Seiten einleitet.

Schon einmal, am 20. März 2003 begannen die USA unter George W. Bush einen Angriffskrieg gegen den Irak, dem vorgeworfen wurde, mit Massenvernichtungswaffen einen Angriff gegen die USA führen zu wollen. Später hat der damalige USA-Präsident behauptet, vom CIA falsch informiert worden zu sein. Solche Massenvernichtungswaffen gab es nicht. Aber die Folge waren Zigtausende Tote. Der Iran hat versichert, nicht an einer Atombombe zu bauen. Es gibt keine Beweise für das Gegenteil. Der Iran nimmt wie andere Länder auch für sich das Recht in Anspruch, Atomenergie für zivile Zwecke nutzen zu können. Das kann niemals ein Kriegsgrund sein.

Der Ostermarsch 2012 ruft dazu auf, der Eskalation im Nahen Osten entgegenzutreten. „Vorschläge zur Entspannung der Situation liegen seit langem auf dem Tisch“, stellt der Friedensratschlag fest.

Wir fordern:

- Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein!
- Verbot jeglicher Waffenexporte!
- Beendigung der Konflikt verschärfenden Sanktionen!
- Gesprächsangebote an den Iran über Kooperation und gemeinsame Sicherheit!
- Aufnahme von Verhandlungen zur Errichtung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten!



Überwachungsstaat

37 Millionen e-mails und Datenverbindungen haben die Geheimdienste – der Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“, der Bundesnachrichtendienst und der „Militärische Abschirmdienst“ – im Jahre 2010 überwacht. Damit ist die Bespitzelung der Bürger

gigantisch ausgedehnt worden. In nur 213 Fällen soll es „verwertbare Hinweise“ gegeben haben – was auch immer darunter zu verstehen ist. Dass Nazi-Terroristen mordend durch das Land ziehen, merkte der Verfassungsschutz durch die Massenbespitzelung nicht. Wer seinem Kumpel zumailt,

dass eine „Bombenstimmung“ im Stadion herrschte oder dass seine Freundin sich beim Fasching als „Sexbombe“ verkleidet habe, der bleibt im Fahndungsrastrer hängen. Es gibt nur eine Folgerung: Der Marsch in den Überwachungsstaat muss rückgängig gemacht werden! Die massenhafte,



unkontrollierte Ausforschung der Privatsphären der Bürger muss beendet werden.

ACTA: Tausende demonstrieren für Netzfreiheit und gegen Konzernmacht

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen demonstrieren Ende Februar Tausende Menschen in der Bundesrepublik gegen das von den USA und Japan geforderte ACTA-Abkommen. Mit dem ACTA-Abkommen versuchen die multinational agierenden Konzerne ihre marktbeherrschenden Stellungen abzusichern, indem sie sich Patente und Rechte für nahezu alles absichern und bezahlen lassen. Das reicht von Patenten in der Landwirtschaft, in der Medizin bis zu Internet-



produkten. Dadurch u. a. wird ärmeren Ländern der Zugang zu Saatgut oder lebenswichtigen Medikamenten noch mehr erschwert. Infolge des ACTA-Abkommens befürchten die Kritiker außerdem mehr Kontrolle, Netzsperrungen und Überwachung im Internet, verbunden mit Schadensersatzandrohungen.

Die ACTA-Kritiker betonen zu Recht: Das Wissen der Menschheit hat sich über Jahrtausende entwickelt, und daran haben Unzählige mitgewirkt. Es gibt keine „Erkenntnisse“, die einzelnen Konzernen gehören. Unglaublich: Das ACTA-Abkommen



ist von den Konzernvertretern in Zusammenarbeit mit der EU-Kommission weitgehend hinter verschlossenen Türen entwickelt worden, die Parlamente wurden ausgeschaltet.

Die Proteste gegen das Abkommen sind international. Unterstützt wurden die Proteste unter anderem von Attac, der Piratenpartei, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie dem Chaos Computer Club (CCC). Europa weit waren am 11. Februar in 200 Städten zwischen 150.000 und 200.000 Menschen auf der Straße. Millionen Menschen haben über Avaaz eine Online-Petition unterzeichnet. Die Bundesregierung, die das Abkommen unterstützt, hat angesichts der starken Proteste die Ratifizierung zunächst verschoben.....

Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name

Vorname

Straße

Einsenden an: Helmut Welk, Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt